

## Das Jupiter-Modell

Wie Emmanuel Macron wurde, was er ist, und was er will

Sabine Ruß-Sattar

„Die Präsidentschaftswahlen sind die Begegnung zwischen den Franzosen und einem Mann“ – so lautet die viel zitierte Formel von Charles de Gaulle, dem ersten Präsidenten der V. Republik. De Gaulle und Mitterrand sind die Vorbilder, auf die sich der 39 Jahre junge Macron, „eigentlich für das Amt zu jung“ (François Bayrou, Bündnispartner Macrons), in seiner Auffassung von der Rolle des Präsidenten bezieht.

**A**m Abend seiner Wahl zum französischen Präsidenten verlangsamte Emmanuel Macron, der Senkrechtstarter der französischen Politik, vor den Kameras erstmals ganz bewusst seine Schritte. Ganz allein ging er zu der Bühne, die im imposanten Innenhof des Louvre aufgebaut worden war, und wo ihn die Anhängerschaft der von ihm erst im Vorjahr gegründeten politischen Bewegung „En Marche“ (in etwa: Vorwärts) erwartete. Im Hintergrund leuchtete die majestätische Glaspypamide – ein Großprojekt des früheren sozialistischen Präsidenten Mitterrand, das dieser mit sicherem Gespür für politische Inszenierung persönlich dem Stararchitekten Pei übertragen hatte. Die Botschaft: Hier passiert etwas Besonderes. Diesbezüglich kritisierte der für seine Verbindlichkeit und Diplomatie bekannte (und dafür oft als windelweicher Konformist verspottete) politische Neuling Macron ungewöhnlich deutlich seinen politischen Mentor und Amtsvorgänger, den Sozialisten François Hollande. Dieser hatte zu Beginn seiner Amtszeit erklärt, ein „normaler“ Präsident sein zu wollen – damals natürlich in Abgrenzung vom hyperaktiven und Showeffekten zugeneigten bürgerlichen Rivalen und Amtsvorgänger Nicolas Sarkozy. Hollandes Unpopularität sollte letztlich jedoch die von Sarkozy noch übertreffen. In den Augen der breiten Öffentlichkeit hat sich Hollande als zu Führungsschwach erwiesen und ist mit seinen politischen Vorhaben, insbesondere der Reduzierung der Arbeitslosigkeit, gescheitert. Macron erklärte noch vor seiner Kandidatur, er glaube an das „Jupiter“-Modell präsidentieller Führung. Wenn der Präsident zu einem „normalen“ politischen Akteur unter anderen werde, widerspräche dies den Erwartungen der Franzosen. Dies stelle ein „politisches, institutionelles und auch kollektiv-psychologisches

Risiko“ dar und gefährde die präsidentielle Wirkmächtigkeit. Es bedürfe „einer neuen Form demokratischer Autorität, die auf einem sinngebenden Diskurs beruht, eines Willens zur Gestaltung zur Zukunft, und gleichzeitiger Verankerung in der Geschichte des Landes“.

Den großen voluntaristischen Gestus hat Macron schon vor seiner offiziellen Kandidatur geübt. Am 8. Mai 2016 interpretierte er die Bedeutung der Nationalheldin Jeanne d’Arc auf seine Weise: Frankreich brauche seine Heldin vor allem, weil sich an ihr zeige, dass es kein vorab bestimmtes Schicksal gebe. Zur Verteidigung Frankreichs habe die Jungfrau von Orléans Soldaten jeglicher Herkunft um sich gesammelt. Als das uneinige und entzweite Frankreich selbst nicht daran geglaubt habe, habe sie die Möglichkeit zur Sammlung intuitiv erfasst. Von den französischen Medien wurde dies als kaum verhüllter Ausdruck des eigenen Sendungsbewusstseins gesehen – Macron, der proeuropäische, progressive Held, der unabhängig von allen Parteilinien die Willigen um sich scharft; Macron, der parteipolitische Jungmann aus Amiens, der an die Spitze will, ohne jemals zuvor ein Wahlmandat erobert zu haben! Doch um welche Mission geht es überhaupt? Dass sich Macron ideologisch weder links noch rechts einordnen wollte und will, stimmt in Frankreich viele skeptisch. Immerhin hat lange die Links-rechts-Achse das von jeher stark fluktuierende Vielparteiensystem stabilisiert und ausgerichtet. Neue Spaltlinien haben die Orientierungslinien im politisch-ideologischen Raum allerdings verschoben. Zwar wurde Macron mit 66,1 Prozent der Stimmen im zweiten Wahlgang gegen 33,9 Prozent für die Rechtspopulistin Marine Le Pen gewählt, doch ein gutes Drittel der Franzosen hat sich enthalten oder ungültig abgestimmt. Nur 17 Prozent der Macron-Wähler im zweiten Wahlgang votierten wegen seines Programms für ihn. Was ist unter diesen Umständen vom neuen Präsidenten politisch zu erwarten?

### Neues politisches Farbenspiel

Präsidentenskandidaten werfen in Frankreich ihren Handschuh gerne in den Ring, indem sie ein Buch veröffentlichen und darin ihre politische Vision der Welt vorstellen. So auch Macron: Ende November 2016 erschien sein Buch *Révolution*, in dem er sich selbst sowohl als Liberalen als auch als ein Mann der Linken darstellt. „Wenn Liberalismus heißt, dass man auf den Menschen vertraut, dann bin ich liberal“, steht dort. „Wenn politisch links zu sein bedeutet, dass Geld nicht zu allem berechtigt, dass

die Anhäufung von Kapital nicht das oberste Ziel des Daseins sein kann, dass die politischen Freiheiten nicht einem absoluten Sicherheitsimperativ geopfert werden dürfen und die Armen und Schwachen ohne Diskriminierung geschützt werden müssen, dann lasse ich mich gerne einen Linken nennen“, schreibt er weiter. Der Wahlkampfmanager seines wertkonservativen Rivalen, des Republikaners François Fillon, ätzte, Macron sei ein politisch unausgereifter Mix aus „Woodstock und Wallstreet“. Tatsächlich ist Macron gesellschaftspolitisch liberal (Befürwortung der Homo-Ehe, Freigabe von Cannabis) und setzt wirtschaftspolitisch auf eine Liberalisierung des Arbeitsrechts und auf eine Angebotspolitik. Gleichzeitig schreibt er dem Staat eine aktive Rolle in Gesellschaft und Wirtschaft zu und sieht hier insbesondere in einer engagierten Bildungspolitik den Weg zur Überwindung von strukturellen Benachteiligungen wie zum Beispiel der *banlieues*, den problembehafteten Vororten großer Städte. Seine am Leitstern Chancengleichheit ausgerichtete sozialliberale Orientierung ist in der internationalen Presse oft mit Tony Blairs New Labour und ihrem soziologischen Chefdenker Anthony Giddens in Verbindung gebracht worden. Passender ist jedoch der Verweis auf französische Referenzen wie die um die Zeitschrift *Esprit* gruppierte Denkschule, die einen dritten Weg propagiert, der auf den christlichen Personalismus gründet. Ein weiteres Beispiel bildet der liberale Flügel der Sozialisten, dem der große Europapolitiker Jacques Delors und der frühere Premier und Mitterrand-Rivale Michel Rocard angehören. Letzterer hatte für die Öffnung der Parti socialiste (PS) zur Mitte geworben und wird von Macron, der früher einige Jahre – offenbar ziemlich passives – Mitglied der Partei war, bewundert.

### Überholspur ENA

Macrons politisches Universum lässt sich am besten mit einem Blick auf seinen beruflichen und politischen Werdegang verstehen. Der musisch begabte Sohn einer Ärztesfamilie aus Amiens war mit ursprünglich eher literarischen Ambitionen zur Vorbereitung auf die Aufnahmewettbewerbe der Elitehochschulen nach Paris gekommen. Nach einer Absage der prestigeträchtigen École Normale Supérieure studierte er Philosophie und absolvierte die Eliteschmiede und Verwaltungshochschule ENA, der ein erheblicher Teil des französischen Regierungspersonals entstammt. Anschließend trat er einen Posten in der Generalinspektion für Finanzen an und entschied sich damit sehr karrierebewusst für eine administrative



Rückkehr des Jupiter: Macron bei seinem Antrittsbesuch in Berlin.

Schlüsselperson des französischen Staates. Als entscheidend für seinen überraschend schnellen Weg ins Präsidentenamt erwies sich seine Arbeit als beigeordneter Berichterstatter der Attali-Kommission „Für die Auslösung eines französischen Wachstums“ in den Jahren 2007/2008 im Senat, für die er das Gros der Vorschläge formulierte. Hierbei lernte er unter anderem den nicht geschäftsführenden Vorsitzenden der Accor-Gruppe Serge Weinberg (selbst ENA-Absolvent) kennen, der ihn der Geschäftsbank Rothschild weiterempfahl. Macron verließ 2010 den Staatsdienst und tauchte in die Welt der Unternehmenskäufe und -fusionen ein. Aber nicht für lange. Nachdem er zuvor Angebote aus dem bürgerlichen Lager, namentlich von Sarkozy und Fillon, abgelehnt hatte, engagierte er sich für die Sozialisten im Präsidentschaftswahlkampf – zunächst wohl angezogen vom ursprünglichen PS-Favoriten Dominique Strauss-Kahn. Am Abend des Wahlsiegs von Hollande brachte Macron sein erstes großes Vertragsmandat zum Abschluss, einen 12-Milliarden-Vertrag mit Nestlé. Wenige Tage später wurde er mit nur 34 Jahren Wirtschaftsberater des Präsidenten Hollande. Er ist der Ideengeber hinter dem sogenannten Pakt für Verantwortung: einem Gesetz, das den Unternehmen massive Steuerentlastungen zusichert und das für den von Macron vertretenen angebotsorientierten wirtschaftspolitischen Ansatz steht, mit dem er die Kaufkraft der Franzosen (laut Umfragen das Thema Nummer eins bei den Präsidentschaftswahlen) steigern will.

## Verräter oder Revolutionär? Macron als parteipolitischer Freibeuter

Als Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg aus Protest gegen den zu unternehmensfreundlichen Kurs der Regierung Valls zurücktrat, rückte Macron nach. Im Januar 2015 setzt er eine Kommission ein, die einen umfassenden Gesetzentwurf mit dem Titel „Aktivität und Wachstum“ (später: Lex Macron) vorbereitet, der gleichermaßen mit Abgeordneten der Regierungsmehrheit wie aus der Opposition weiter ausformuliert wird. In Ermangelung einer eigenen Mehrheit greift Premierminister Valls jedoch gegen den Willen seines Ministers mit Artikel 49,3 auf die vom Parlament gehasste „Atomwaffe“ der Regierung zurück und zwingt damit die eigenen Abgeordneten zur Disziplin. Das, so Macron später in einem Interview, sei der Urknall für die Erkenntnis gewesen, dass die Grenzen der parteipolitischen Lagerlogik gesprengt werden müssten, um eine echte Reformpolitik zu ermöglichen. Als sein Mentor Hollande den Regierungschef Valls anweist, Macrons umfassenden Entwurf einer Lex Macron II (mit tief greifenden Reformen des Arbeitsrechts) vom Tisch zu nehmen, verstärkt dies Macrons Frustration. Im April 2016 gründet er die zunächst als „Plattform zur politischen Debatte“ angekündigte Bewegung „En Marche!“ und tritt knapp fünf Monate später als Wirtschaftsminister zurück. Noch bevor Hollande bekannt gibt, ob er selbst wieder bei den Präsidentschaftswahlen antritt, verkündet Macron am 16. November 2016 seine eigene Kandidatur. Er stellt klar, dass er sich nicht den „auf Personen statt Ideen“ setzenden offenen Vorwahlen der Linken stellen wird – in den Augen vieler Sozialisten ein politischer Verrat. Macron spricht es offen aus: Es geht ihm um die Zerstörung der alten Parteien und ihres Lagerdenkens. Das ist die Revolution, die er will, oder jedenfalls ihr Anfang. Denn die Zerstörung der alten Parteien ist nur Mittel zum Zweck: Reformen. Dazu benötigt Macron nicht nur eine loyale parlamentarische Mehrheit, sondern auch die Zustimmung in der Bevölkerung und der Interessengruppen. Kurz: Er muss seine im Mai eroberte negative Anti-Le-Pen-Mehrheit in eine positive Mehrheit transformieren. Und das, beim Jupiter, wäre revolutionär!🌐



Prof. Dr. Sabine Ruß-Sattar

geb. 1962, Professur für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Kassel, Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

[sruss@uni-kassel.de](mailto:sruss@uni-kassel.de)